

Beginn der Sitzung: 9 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 22. Sitzung im 8. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Die Feststellung der Beschlussfähigkeit erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Geburtstag haben heute die Abgeordneten Jürgen Krogmann und Frank Mindermann.

(Beifall)

Ich darf beiden Kollegen die herzlichen Glückwünsche des Hauses übermitteln.

Bevor ich zur Tagesordnung komme, gestatten Sie mir bitte noch die folgende Bemerkung auch im Rückblick auf die Debatte am gestrigen Nachmittag.

Es war zweifellos eine etwas außergewöhnliche Ausgangssituation; das gebe ich gerne zu. Ich will dennoch im Hinblick auf die Debattenkultur an die Absprache erinnern, die die Fraktionen in der letzten Woche gemeinsam getroffen haben. Im Ergebnis waren wir uns einig, dass die Debatten hier im Hause zukünftig auf einem höheren Niveau stattfinden und dass die persönlichen Verunglimpfungen und Diffamierungen insgesamt deutlich reduziert werden sollen. Ich appelliere eindringlich an alle fünf Fraktionen, sich an dieses Gespräch und an unsere Vereinbarung zu erinnern, damit sich solche Vorgänge wie gestern möglichst nicht so bald wiederholen. Diese herzliche Bitte habe ich. Ich wäre dankbar, wenn man sich gegebenenfalls auch daran erinnert.

(Beifall)

Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Fragestunde, Tagesordnungspunkt 26. Es folgt Punkt 2, die Fortsetzung der Eingaben. Anschließend erledigen wir zunächst den gestern zurückgestellten Punkt 21 und anschließend die Punkte 27 bis 30.

Die heutige Sitzung soll gegen 13.45 Uhr enden.

Ich möchte daran erinnern, die Reden zu überprüfen und rechtzeitig an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Ich bitte nun die Schriftführerin um die geschäftlichen Mitteilungen.

Schriftführerin Dörthe Weddige-Degenhard:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Hirche, und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Twesten.

Präsident Hermann Dinkla:

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Mündliche Anfragen - Drs. 16/615

Bevor ich die erste Frage aufrufe, will ich noch einmal die Regelungen in Erinnerung rufen, obwohl sie eigentlich allen Kolleginnen und Kollegen bekannt sein müssten: Jede Fragestellerin bzw. jeder Fragesteller hat die Möglichkeit, bis zu zwei Zusatzfragen zu stellen. Zusatzfragen dürfen nicht verlesen werden. Sie müssen zur Sache gehören und dürfen die Frage nicht auf andere Gegenstände ausdehnen. Sie müssen knapp und sachlich sein. Anfragen, durch deren Inhalt der Tatbestand einer strafbaren Handlung begründet wird oder die Werturteile oder parlamentarisch unzulässige Wendungen enthalten, sind ebenfalls unzulässig. Ich darf weiter darauf verweisen, dass einleitende Bemerkungen nicht mehr erlaubt sind. Allerdings kann man feststellen, dass das in der letzten Zeit erheblich besser geworden ist.

Ich bitte Sie darum, sich schriftlich zu Wort zu melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten, damit sich das Präsidium einen Überblick verschaffen kann.

Ich stelle fest: Es ist jetzt 9.04 Uhr.

Ich rufe die **Frage 1** auf:

Cuxland in Not - Was tut die Landesregierung zur Wahrung gleicher Lebensverhältnisse in Niedersachsen?

Sie wird von dem Abgeordneten Jürgen Krogmann, also in diesem Fall vom Geburtstagskind, eingebracht. Sie haben das Wort.

Jürgen Krogmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist natürlich reiner Zufall und hat mit guter Regie nichts zu tun.

Frage Jürgen Krogmann (SPD)

In der sogenannten Cuxland-Erklärung haben jetzt kommunalpolitische Vertreter der Stadt und des Landkreises von Cuxhaven auf die aus ihrer Sicht dramatische Situation in der Region hingewiesen und die Landesregierung zum Handeln aufgefordert.

Beklagt werden ein besorgniserregender Rückgang der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter sowie die hier besonders drastischen Folgen des demografischen Wandels. Die Steuerkraft sei unterdurchschnittlich, und die Verschuldung der Kommunen sei dadurch und durch die Absenkung der Steuerverbundquote im kommunalen Finanzausgleich bereits jetzt besorgniserregend. Die Summe der kommunalen Fehlbeträge beträgt im Cuxland derzeit 550 Millionen Euro. Zum Vergleich: 2002 betrug sie 240 Millionen Euro.

Förderprogramme der EU könnten, obgleich der Landkreis Cuxhaven Ziel-1-Fördergebiet sei, nicht genutzt werden, da eine kommunale Kofinanzierung angesichts der oben geschilderten Gesamtsituation oft nicht darstellbar sei.

Auch Bedarfszuweisungen der Landesregierung würden diese grundsätzliche Problematik nicht lösen, zumal sie mit weiteren hohen Auflagen für die Kommunen, z. B. Einsparungen in der Jugend-, Vereins- und Kulturförderung oder in der Tourismusförderung, verbunden seien.

Insgesamt fehle in den kommunalen Haushalten im Landkreis Cuxhaven das Geld für erforderliche Investitionen. Selbst die Erfüllung von Pflichtaufgaben werde daher zunehmend zum Problem. Wichtige Zukunftsprojekte, wie der vom Bund geförderte Ausbau der Kindertagesstätten, wären damit nicht zu schaffen. Den 8 000 Kindern und Jugendlichen, die im Landkreis Cuxhaven von Armut bedroht sind, fehle es an Bildung, Förderung und sozialen Kontakten. Für die nötigen kommunalen Konzepte fehlen auch hier die erforderlichen Mittel.

Diese dramatische Entwicklung bezieht sich nicht nur auf das Cuxland, sondern betrifft auch andere Kommunen oder Regionen im Lande.

Dies vorausgeschickt, fragen wir die Landesregierung:

1. Teilt sie die Einschätzungen der Cuxland-Erklärung in Bezug auf die dramatische Situation dieser Region?

2. Gibt es weitere Regionen in Niedersachsen, die unter vergleichbaren Problemen leiden, und, wenn ja, welche sind dies?

3. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, um dem Cuxland oder anderen Not leidenden Regionen wieder eine Perspektive zu eröffnen und den Verfassungsgrundsatz der Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Niedersachsen zu gewährleisten?

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich bitte jetzt die Landesregierung um die Beantwortung der Fragen. - Herr Minister Schönemann, bitte!

Uwe Schönemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die äußerst angespannte Haushaltslage der niedersächsischen Kommunen hat sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr zum zweiten Mal in Folge insgesamt geringfügig verbessert. Allerdings stellt sich die Situation regional sehr unterschiedlich dar. So weisen von den 465 kommunalen Verwaltungseinheiten - Samtgemeinden werden mit ihren Mitgliedsgemeinden zusammengefasst - nach wie vor 176 Körperschaften Fehlbeträge in ihren Verwaltungshaushalten aus.

Die Finanzlage der Kommunen im Landkreis Cuxhaven hat sich entgegen der landesweit festzustellenden Entwicklung auch in den vergangenen zwei Jahren weiter verschlechtert. Die im Landkreisbereich zum Jahresende 2007 aufgelaufenen Kassenkredite in Höhe von 428 728 893 Euro hatten sich bis zum Ende des ersten Halbjahres 2008 nochmals um 21 735 879 Euro bzw. 5,07 % gesteigert.

Eine der Ursachen für diese Entwicklung ist die unterdurchschnittliche Steuereinnahmekraft der dortigen Kommunen. In dem Dreijahreszeitraum 2005 bis 2007 blieb die erwirtschaftete durchschnittliche Steuereinnahmekraft aller Cuxland-Kommunen mit 462,88 Euro pro Einwohner um 26,53 % unter der durchschnittlichen Steuereinnahmekraft anderer Landkreisbereiche zurück. Der Landkreis Cuxhaven rangiert damit auf dem letzten Platz aller niedersächsischen Landkreise.

Diese Steuereinnahmeschwäche führt allerdings zu erheblichen Leistungen aus dem kommunalen

Antwort Minister Schünemann (CDU)

Finanzausgleich, mit dem auch im Landkreis Cuxhaven die fehlende Steuerkraft teilweise ausgeglichen wird. So sind dem Landkreis und seinen kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden allein im Jahr 2007 insgesamt rund 105,6 Millionen Euro an Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich zugeflossen. Dabei profitieren der Landkreis Cuxhaven und seine kreisangehörigen Gemeinden sowohl von dem Flächenfaktor als auch von dem demografischen Faktor, den das Land Niedersachsen in Kenntnis der finanziellen und demografischen Probleme in Teilen Niedersachsens mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2007 eingeführt hat. So hat allein der Flächenfaktor dem Landkreis Cuxhaven im Jahr 2007 zusätzliche Schlüsselzuweisungen in Höhe von 6,2 Millionen Euro gebracht. Die Schlüsselzuweisungen sind damit im Vergleich zum Vorjahr um 14,3 v. H. gestiegen.

Soweit im Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzausgleich - so auch in der sogenannten Cuxhaven-Erklärung - die Auswirkung der Steuerverbundquoten-Absenkung im Jahr 2005 beklagt wird, ist festzustellen, dass der Landkreis Cuxhaven und seine kreisangehörigen Gemeinden vor der Absenkung im Jahr 2004 rund 72 Millionen Euro Finanzausgleichszuweisungen erhielten, während im Jahr 2008 rund 103 Millionen Euro zugewiesen wurden. Dies bedeutet eine Steigerung der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich um 43 v. H. innerhalb von nur vier Jahren, wobei in diese Steigerung die Absenkung der Steuerverbundquote bereits eingerechnet ist. Überhaupt hatte der Landkreis Cuxhaven einschließlich seiner Gemeinden seit dieser Zeit nur einmal einen niedrigeren Zuweisungsbetrag als im Jahr 2004, nämlich in 2005, und zwar um lediglich 950 000 Euro.

Auch einwohnerbezogen profitiert der Landkreis Cuxhaven mit seinen Gemeinden überdurchschnittlich hoch von den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. So erhielt der Kreisbereich Cuxhaven im Jahr 2008 mit 498,92 Euro pro Einwohner den dritthöchsten Zuweisungsbetrag nach Lüchow-Dannenberg und Uelzen. Zum Vergleich: Der Landesdurchschnitt unter den Kreisen lag bei 350,08 Euro pro Einwohner, der Wert für den Kreisbereich Cuxhaven damit um 42,5 % höher.

Der schwierigen Einnahmesituation des Landkreises und der kreisangehörigen Gemeinden trägt die Landesregierung auch durch die Gewährung von Bedarfzuweisungen Rechnung. So erhalten 11

von 14 Städten, Gemeinden und Samtgemeinden seit Jahren entsprechende Zuweisungen bewilligt. Auch dem Landkreis Cuxhaven wird im laufenden Verfahren eine Bedarfzuweisung in Höhe von 4 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Insgesamt fließen knapp 36 % des diesjährigen Bedarfzuweisungskontingents in den Landkreis Cuxhaven und mildern die Einnahmeschwäche zusätzlich ab. Es gibt keinen anderen Landkreis in Niedersachsen, dem auch nur ansatzweise vergleichbare Bedarfzuweisungsbeträge bewilligt werden. Kassenwirksam sind im laufenden Haushaltsjahr bereits 15,6 Millionen Euro an Bedarfzuweisungsmitteln in den Landkreis Cuxhaven geflossen. Weitere 10,9 Millionen Euro sind den Kommunen bisher in Aussicht gestellt und werden zum großen Teil auch noch im laufenden Haushaltsjahr abfließen können.

Die Landesregierung setzt Bedarfzuweisungen seit 2004 als flankierendes Instrument zur Haushaltskonsolidierung ein. Antragstellende Kommunen müssen in der Tat hohe Anforderungen erfüllen, um eine Bedarfzuweisung zu erhalten. So ist u. a. eine absolute Haushaltsdisziplin im Einnahme- und Ausgabeverhalten unabdingbare Bewilligungsvoraussetzung. Der Konsolidierungswille muss über Zielvereinbarungen und Haushaltssicherungskonzepte hinreichend dokumentiert sein. Diese hohen Anforderungen sind sowohl dem wirtschaftlichen Einsatz der knappen Bedarfzuweisungsmittel als auch der Solidarität mit den übrigen Kommunen des Landes geschuldet; denn es handelt sich hierbei letztlich um Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Gleichwohl gesteht die Landesregierung selbstverständlich auch besonders finanzschwachen Kommunen und solchen, die Bedarfzuweisungen erhalten, Mittel für die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben zu. Hier wird ein Anteil von bis zu 3 v. H. des Haushaltsausgabevolumens als angemessen angesehen. Innerhalb dieses allgemeingültigen Rahmens kann jede Kommune freiwillige Aufgaben mit eigenverantwortlicher Prioritätensetzung wahrnehmen.

Ein solcher konsequenter Konsolidierungskurs, wie ihn die Landesregierung im Übrigen auch im Landshaushalt seit 2003 fährt, ist nicht zuletzt auch Ausfluss der jüngsten Entscheidung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich. Danach ist die Landesregierung angesichts der in vielen Kommunen kritischen Kassenkreditsituation, die sich vielfach und insbesondere im Cuxhavener Bereich noch erheblich zu

Antwort Minister Schünemann (CDU)

verschlechtern droht, zum Handeln gezwungen. Das ist nach meiner Auffassung auch richtig.

Das Land hat u. a. durch die Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2007 und durch den seit Langem aus der kommunalen Ebene geforderten Wegfall der Investitionsbindung ab 2009 Schritte zur Verringerung der kommunalen Kassenkreditbelastung eingeleitet.

Zugleich müssen aber auch die Kommunen ihren Teil einbringen, um ein weiteres Anwachsen der Kassenkreditverschuldung zu verhindern. Einige Kommunen können keine weiteren Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen und müssen als auskonsolidiert eingestuft werden. Anderen Kommunen, auch im Landkreis Cuxhaven, kann dies aber nicht bescheinigt werden. So konnten vier der elf antragstellenden kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Cuxhaven in den letzten Jahren die vorgesehenen Bedarfszuweisungen nicht vollständig erhalten, weil sie hinsichtlich ihrer beeinflussbaren freiwilligen Leistungen keine hinreichende Haushaltskonsolidierung praktizierten. Dabei verkennt die Landesregierung nicht die besondere touristische Ausrichtung der Kommunen im Cuxhavener Land und die damit verbundenen finanziellen Lasten. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um ein Alleinstellungsmerkmal; vielmehr sind von dieser Problematik auch andere Regionen, z. B. der Harz, betroffen.

Bei der Bewertung des Ausgabeverhaltens fällt die Aufgabenwahrnehmung im touristischen Bereich allerdings eindeutig dem freiwilligen Spektrum zu. Als freiwillige Aufgaben werden sämtliche Bereiche zusammengefasst, die der Kommune nicht durch Gesetz oder Verordnung auferlegt sind. Diese klare, mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmte Definition lässt eine einheitliche Bewertung und einen Vergleich aller kommunalen Haushalte zu. Sofern eine Kommune Wirtschaftsförderung betreibt, werden die Aufwendungen demzufolge ebenfalls dem freiwilligen Bereich zugeordnet. Eine sinnvolle Abgrenzung der Aufgabenbereiche Wirtschaftsförderung und Tourismus ist schon aufgrund der unscharfen Übergänge zu anderen freiwilligen Aufgabenbereichen nicht möglich.

Dass sich kommunale Investitionen in den Tourismus tatsächlich positiv im Haushalt niederschlagen, konnte bisher nicht belastbar nachgewiesen werden. Die in den vergangenen Jahrzehnten vielerorts geschaffenen touristischen Einrichtungen

wie Bäder, Kuranlagen und Museen sind vielfach schon aufgrund mangelnder Auslastung nicht kostendeckend zu betreiben. Auch die mit einer Neuprädikatisierung von Kurorten verbundenen hohen qualitativen Maßstäbe werden manchen finanzschwachen Kurort vor erhebliche Probleme stellen.

Gleichwohl hat sich die Landesregierung auch in diesen Regionen wirtschaftlich sinnvollen kommunalen Investitionen bisher nicht verschlossen und sie auch gefördert. So sind auch vor dem Hintergrund verhältnismäßig hoher Förderquoten kommunale Kofinanzierungsanteile bisher weit überwiegend kommunalaufsichtlich mitgetragen worden. Dies wird auch zukünftig so bleiben, wenn Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit eines Projekts im Vordergrund stehen und Folgekosten vermieden oder in vertretbarem Rahmen gehalten werden.

In der Regel sind es jedoch weniger die Investitionskosten, die die kommunalen Haushalte belasten. Die finanziellen Probleme ergeben sich vielmehr aus dem laufenden Betrieb der Einrichtungen. Energie- und Personalkosten sind nur zwei Beispiele für schwer beeinflussbare Kostenblöcke. Die Kommalaufsicht wird deshalb auch künftig bei allen zusätzlichen Maßnahmen und Projekten ein besonderes Augenmerk auf die Folgekosten werfen müssen. Wenn sich die Rentabilität einzelner Maßnahmen abzeichnet oder zumindest eine deutliche Verringerung bestehender Betriebskosten eintritt, dürfte grundsätzlich weder eine Kreditaufnahme versagt noch eine Bedarfszuweisung gekürzt werden müssen.

Nach der sogenannten Cuxhaven-Erklärung hat sich die Haushaltslage des Landkreises leicht verbessert. Diese leichten strukturellen Überschüsse sind auch dem Einwirken der Kommunalaufsicht geschuldet. Der einheitliche Kreisumlagehebesatz in Cuxhaven stellt mit 52,5 v. H. landesweit längst keinen Spitzenwert dar; dieser liegt derzeit bei 55,6 v. H im Landkreis Peine. Einem umlagefinanzierten Gemeindeverband wie dem Landkreis Cuxhaven mit einer Kassenkreditbelastung von über 113 Millionen Euro bleibt auch mit Blick auf das noch vorhandene und vertretbar einzufordern Konsolidierungspotenzial im kreisangehörigen Bereich nach Auffassung der Landesregierung derzeit keinerlei Spielraum für eine Umlagesenkung.

Den kommunalen Finanzausgleich oder gar die Steuerverbundabsenkung in 2005 für die kommu-

Antwort Minister Schünemann (CDU)

nenalen Fehlbeträge im Cuxhavener Land verantwortlich zu machen, geht nach Auffassung der Landesregierung an der Realität vorbei. So ist der kommunale Finanzausgleich als solcher wie auch die Steuerverbundabsenkung 2005 in ihren Auswirkungen auf die Kommunen, also auf den Landkreis Cuxhaven und seine kreisangehörigen Gemeinden, vom Staatsgerichtshof in seinem Urteil aus dem März 2008 für rechtmäßig erklärt worden.

Aus alledem ergibt sich, dass die Landesregierung über die Kommunalaufsicht den gebotenen Weg zur notwendigen Haushaltskonsolidierung beschritten hat. Die Wiederherstellung der mit Verfassungsrang ausgestatteten Haushaltsstabilität im Bereich des Landkreises Cuxhaven sollten wir alle - damit meine ich insbesondere auch die Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen - tatkräftig unterstützen. Sie wird für die dauerhafte Sicherung kommunaler Selbstverwaltung mit finanzieller Handlungsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sein.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Infolge der bei den Kommunen im Landkreis Cuxhaven zum Jahresende 2007 aufgelaufenen Kassenkredite in Höhe von rund 428 Millionen Euro, die in der Mehrzahl der dortigen Kommunen derzeit noch weiter ansteigen, ist die finanzielle Situation als besorgniserregend und dramatisch zu bezeichnen.

Zu Frage 2: Es gibt auch in anderen Landesteilen besonders finanzschwache Kommunen; hier ist insbesondere der ostfriesische Raum zu nennen. Die Kommunen dort können trotz erheblicher Steuerschwäche eigene Fehlbeträge vermeiden oder deutlich begrenzen. Dies ist im Wesentlichen auf die dort über Jahrzehnte geübte Haushaltsdisziplin zurückzuführen. Auch im Harz finden sich einzelne hochverschuldete Gemeinden und Samtgemeinden.

Zu Frage 3: Die Landesregierung ist aktiv, um die strukturellen Voraussetzungen in Cuxhaven zu verbessern. So sind und werden z. B. insgesamt Haushaltsmittel von bis zu 100 Millionen Euro zum Aufbau der Offshoreinfrastruktur in Cuxhaven bereitgestellt und die Voraussetzungen für rund 2 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Der Landkreis Cuxhaven gehört zu den aktiven Antragstellern der EU-Förderung. In der Förderphase 2007 bis 2013 wurden im Kreisbereich allein

aus dem Bereich des MW bereits 15 Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 11 Millionen Euro, darunter 6,6 Millionen Euro EU- und Landesmittel sowie rund 2,4 Millionen Euro an anteiliger Kofinanzierung aus kommunalen Mitteln, bewilligt. Ergänzend konnten weitere kommunale Projekte im Bereich der integrierten ländlichen Entwicklung des ML mit EU- und GAK-Mitteln in Höhe von ca. 3 Millionen Euro unterstützt werden.

Bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist es im Jahr 2007 erstmalig wieder zu einer leichten Aufwärtsentwicklung gekommen.

Die Landesregierung wird darüber hinaus alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auch über kommunalaufsichtliches Einwirken, nutzen, um die aufgelaufenen Kassenkredite deutlich zurückzuführen. Dabei müssen alle Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung konsequent herangezogen werden. Dazu gehört auch, Investitionen vorzunehmen, die zu einer Verringerung von Folgekosten beitragen und sich so mittelfristig rentieren. Das in einzelnen Kommunen im Landkreis Cuxhaven aber nach wie vor vorzufindenden unverhältnismäßig hohe Ausgabeniveau wird kurzfristig deutlich abgesenkt werden müssen.

Neben den schon beschriebenen Maßnahmen zur Stärkung der Kommunalfinanzen wird die Landesregierung Maßnahmen zur Entschuldung besonders finanzschwacher Kommunen ergreifen. Die Grundsätze zur Vergabe von Bedarfszuweisungen sind bereits im Juni 2008 entsprechend verändert worden. Die erste konkrete Entschuldungshilfe wird einer Samtgemeinde aus dem Landkreis Cuxhaven zuteil, die die finanzielle Leistungsfähigkeit in ihrem Bereich damit dauerhaft sicherstellen wird.

Der Verfassungsgrundsatz der Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist im Übrigen schon aufgrund der Ausgleichswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs als gewahrt anzusehen. Die Landesregierung wirkt auch bei der Gewährung zweckgebundener Zuweisungen darauf hin, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der antragstellenden Kommune angemessen berücksichtigt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Die erste Zusatzfrage stellt die Kollegin Krause-Behrens von der SPD-Fraktion.

Daniela Krause-Behrens (SPD):

Herr Schünemann, vor dem Hintergrund, dass Bedarfszuweisungen, die dem stark verschuldeten Landkreis Cuxhaven immer wieder im hohen Maße gewährt werden und als Sozialhilfe für Kommunen bezeichnet werden müssen, frage ich, welche Maßnahmen die Landesregierung plant, um dem Landkreis Cuxhaven zukunftssträchtige Perspektiven zu eröffnen, damit sich dieser selbst aus diesen Strukturproblemen heraushelfen kann.

(Zurufe von der CDU: Das hat er doch erläutert!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann, bitte!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Ich habe in meiner Antwort soeben dargestellt, dass wir gerade für zwei Samtgemeinden ein Pilotprojekt gestartet haben. Hier werden sich zwei Samtgemeinden zusammenschließen und drastische Einsparmaßnahmen vornehmen. Trotzdem reicht das in diesem Fall noch nicht aus, um einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Deshalb bekommen sie aus dem Bedarfszuweisungstopf eine Sonderbedarfszuweisung, damit sie Kassenkredite insgesamt ablösen können. Damit erreichen sie in Zukunft einen strukturell ausgeglichenen Haushalt; so ist die Planung. Die Kommunalaufsicht wird dann über einen langen Zeitraum auch darauf achten, dass diese neue Samtgemeinde in der Zukunft nicht ein verändertes Ausgabeverhalten annimmt, damit es nicht wieder sehr schnell zu höheren Ausgaben kommt. Das haben wir in der Vergangenheit unter der alten Landesregierung gehabt. Gerade im Harz ist für Entschuldungen sehr viel Geld zur Verfügung gestellt worden. Aber nach wenigen Jahren waren diese Kommunen im Harz höher verschuldet als vorher. Diesen Weg gehen wir nicht und betreiben deshalb eine konsequente Kommunalaufsicht. Wir prüfen auch Modelle und Möglichkeiten, um zu klären, ob solche Entschuldungsmaßnahmen nachhaltig sind. Danach werden wir auswerten, ob wir das auch in anderen Bereichen zusätzlich tun. Das ist meiner Ansicht nach ein ganz wichtiger Aspekt.

Entgegen der Fragestellung muss ich Ihnen sagen, dass wir trotzdem Infrastrukturmaßnahmen im Cuxland immer wieder in einem größeren Umfang unterstützt haben, um die Einnahmesituation insgesamt zu verbessern; denn wenn man Struktur-

maßnahmen durchführt und in diesem Zusammenhang die Wirtschaft ankurbelt - schauen Sie sich an, was gerade in den letzten Monaten in der Stadt Cuxhaven entstanden ist -, dann ist das meiner Ansicht nach ein richtiger Weg: Er umfasst eine konsequente Kommunalaufsicht, teilweise auch Modelle, die es in der Vergangenheit nicht gegeben hat, und jetzt zusätzlich die Möglichkeit, über die EU-Förderung für das Ziel-1-Gebiet die wirtschaftliche Infrastruktur in Cuxhaven zu verbessern.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Vielleicht ist es möglich, den Geräuschpegel des frühmorgendlichen Gedankenaustausches etwas einzudämmen. Das würde es auch für die Redner hier vorne etwas leichter machen.

Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Modder von der SPD-Fraktion.

Johanne Modder (SPD):

Herr Minister, Sie sind in Ihrer Antwort auf das Urteil des Staatsgerichtshofs eingegangen, der darauf hingewiesen hat, dass die viel zu hohen Kassenkredite einen Handlungsbedarf auch der Landesregierung nach sich ziehen. Ich frage deshalb die Landesregierung: Was gedenkt sie zu tun, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Auch hier kann ich wieder auf das Modellbeispiel zurückgreifen, das wir gerade im Landkreis Cuxhaven umgesetzt haben, dass wir Unterstützung geben, wenn es zu einem Zusammenschluss von Samtgemeinden kommt und somit eine zukunftsfähige Struktur auf der Gemeindeebene vorhanden ist. Das ist meiner Ansicht nach gerade für Bedarfszuweisungsgemeinden sinnvoll. Wir haben dafür einen Topf mit einem Volumen von 40 bis 45 Millionen Euro. Wenn wir dann einige Bedarfszuweisungen über mehrere Jahre zusammenfassen und diesen Betrag der neuen Samtgemeinden en bloc zur Verfügung stellen, dann nehmen wir anderen auch nichts weg.

(Zuruf)

Antwort Minister Schünemann (CDU)

- Nein, natürlich nicht; denn ansonsten würden zwei Samtgemeinden über 20 oder 30 Jahre weiterhin Bedarfszuweisungen erhalten.

Wenn wir aber neue Strukturen haben und dann Bedarfszuweisungen für drei oder vier Jahre auf einen Schlag zusammenfassen und den Gemeinden diese Finanzierung ermöglichen, sodass sie einen ausgeglichenen Haushalt haben, dann ist das meiner Ansicht nach eine sehr gute Möglichkeit, von diesen hohen Kassenkrediten wegzukommen. Wenn sich dieses Verfahren bewährt, werden wir auch mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber nachdenken, ob wir in diesem Zusammenhang ein größeres Programm aufstellen. Das ist meiner Ansicht nach der einzige Weg, wie wir den Kommunen helfen können. Grundvoraussetzung dafür ist aber, dass zunächst eine ganz strikte Haushaltsdisziplin gewahrt wird, dass Vermögen so veräußert worden ist, dass der Haushalt aus eigener Kraft vernünftig dargestellt werden kann. Auch die Personalkosten müssen genau überprüft werden.

Das ist nicht mit irgendwelchen „Hochzeitsprämien“ zu vergleichen - falls gleich danach gefragt werden sollte -, sondern das kann sich nur auf Fälle beziehen, bei denen es auch strukturelle Probleme gibt, d. h. wenn in einer Gemeinde Arbeitslosigkeit, eine negative demografische Entwicklung und natürlich eine schwierige Einnahmensituation bestehen. Dann können wir in diesem Zusammenhang helfen. Das ist dann meiner Ansicht nach der richtige Weg.

Präsident Hermann Dinkla:

Eine weitere Zusatzfrage stellt der Kollege Tanke von der SPD-Fraktion.

Detlef Tanke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da auch Helmstedt und Uelzen die Höchststumme an Bedarfszuweisungen bekommen haben, frage ich die Landesregierung, welche Zielvereinbarungen dort verabredet worden sind und ob die dortigen strukturellen Probleme mit denen des Cuxlandes vergleichbar sind.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Dort sind noch keine Zielvereinbarungen abgeschlossen worden. Dazu sind, wie ich gerade gehört habe, die Gespräche aufgenommen worden. Wir werden sehen, was dort vereinbart werden muss. Die finanzielle Situation ist dort allerdings nicht mit der des Cuxlandes vergleichbar.

Präsident Hermann Dinkla:

Eine weitere Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Dr. Sohn von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der unbestrittenen und hier auch schon erwähnten hohen Bedeutung des Tourismus für das Cuxland und der Bedeutung der Anbindung an den öffentlichen Schienenpersonenverkehr für den Tourismus und angesichts der Tatsache, dass es vor wenigen Jahrzehnten im Gegensatz zu heute noch möglich war, Cuxhaven über das Netz des Schienenpersonenfernverkehrs zu erreichen, und der in der Region verschiedentlich geäußerten Erwartungen, dass man wieder besser an das Schienennetz angebunden wird, frage ich die der Landesregierung, welche Maßnahmen sie vorbereitet oder ergriffen hat, um die Anbindung von Cuxhaven über die Schiene zu verbessern.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Sie müssen noch nach dem Flughafen fragen!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Dies betrifft zwar nicht den kommunalen Bereich, und sicherlich wird auch der Wirtschaftsminister gleich erscheinen. Ich weiß aber, weil ich häufiger in Cuxhaven bin, dass verschiedene Verbesserungen der Infrastruktur, insbesondere im Bereich von Straße und Schiene, nicht nur in Vorbereitung sind, sondern teilweise sogar umgesetzt worden sind, sodass auch dies mit in den Blick genommen werden muss.

Es ist richtig: Verkehrsanbindung ist für eine Entwicklung nicht nur im Bereich des Tourismus, sondern auch im Bereich der Industrieansiedlung ganz entscheidend. Sie wissen vielleicht, dass ich aus dem Landkreis Holzminden komme. Insofern weiß

Antwort Minister Schünemann (CDU)

ich, wie schwierig es ist, wenn die Verkehrsanbindung nicht so ist, wie man es sich normalerweise wünscht. Deshalb habe ich große Sympathie dafür, dass man in dem Zusammenhang über Küstenautobahn und andere Vorhaben spricht.

(Zustimmung von Astrid Vockert
[CDU])

Ich füge hinzu, dass man aber nicht nur Autobahnen, sondern auch Bundesstraßen bauen muss, damit auch eine andere Region genauso angebunden wird.

(Zustimmung von Ursula Körtner
[CDU])

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege Möhrmann von der Fraktion der SPD stellt die nächste Zusatzfrage.

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte von Ihnen gerne wissen, wie es kommt, dass in Niedersachsen die höchsten Kassenkredite unter allen Bundesländern aufgelaufen sind, wie es denn kommt, dass in Cuxhaven trotz der Veräußerung von Vermögen der kommunale Finanzausgleich strukturell nicht dazu beiträgt, kommunale Finanzen in der Höhe zur Verfügung zu stellen, in der sie aufgrund der Wirtschaftsstruktur eigentlich vorhanden sein müssten, und ich möchte gerne wissen, ob Sie der Meinung sind, dass Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern das Nötige tut, um den Kommunen aus dieser Situation herauszuhelfen.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kollege Möhrmann, ich darf Sie insofern ein bisschen enttäuschen; denn noch unter der SPD-Regierung - insofern haben Sie recht gehabt - hatten wir die höchsten Kassenkredite aller Bundesländer. Jetzt stehen wir an viertletzter Stelle. Das ist nicht überzeugend; insofern gebe ich Ihnen recht. Die Höhe der Kassenkredite ist viel zu hoch. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren. Andere Bundesländer haben uns leider überholt oder sind genauso in eine schwierige Situation geraten. Insbesondere Nordrhein-Westfalen steht vor einer ganz dramatischen Situation. Also ist das kein nieder-

sächsisches Phänomen, sondern ein Phänomen, das es in den anderen Bundesländern genauso gibt.

Die Frage ist, wie es im ganzen Land aussieht. Wir haben ganz unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen. Es gibt in vielen Bereichen sogar hervorragende wirtschaftliche Entwicklungen, fast Vollbeschäftigung, wenn Sie sich Bad Bentheim, den Bereich des Emslandes und den Bereich Osnabrück anschauen. Dort gibt es eine sehr positive Entwicklung. Insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer haben wir sehr hohe Steigerungsraten. Aber es gibt in Niedersachsen einige Bereiche, die von dieser positiven Entwicklung abgekoppelt sind. Dazu zählen die Bereiche Cuxhaven und Lüneburg, der Harz und auch Teile des Weserberglandes. Es wird nicht ausreichen, hierauf nur im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches zu reagieren, sondern es muss ein Gesamtpaket sein. Man muss überlegen, ob man im Rahmen der Wirtschaftsförderung vor Ort gezielt Strukturhilfemittel einsetzt. Deshalb ist für Lüneburg die Ziel-1-Förderung eine sehr große Chance, um aus der Situation herauszukommen. Nur mit einem kommunalen Finanzausgleich werden Sie diese Strukturschwäche insgesamt nicht beheben können. Deshalb ist auf der Ebene der Landesregierung ein Arbeitskreis gebildet worden. Das heißt, der Finanzminister, die Staatskanzlei, der Wirtschaftsminister und der für die kommunale Ebene zuständige Minister haben sich zusammengesetzt und sind dabei, ein Konzept zu entwickeln, wie wir diesen strukturschwachen Regionen gezielt helfen können. Das ist, wie gesagt, nur im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches nicht machbar, sondern es muss ein Maßnahmenpaket sein. Daran werden wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Die zweite Zusatzfrage stellt die Kollegin Krause-Behrens von der SPD-Fraktion.

Daniela Krause-Behrens (SPD):

Herr Schünemann, Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie im Landkreis Cuxhaven noch erhebliches Konsolidierungspotenzial sehen, die Kommunaufsicht verstärken wollen und die interkommunale Zusammenarbeit als zielführend ansehen. Ich frage Sie vor dem Hintergrund dieser Äußerungen, welche Zusammenschlüsse Sie im Landkreis Cuxhaven befürworten und unterstützen und wie Sie

Zusatzfrage Daniela Krause-Behrens (SPD)

die Kommunen dazu bringen möchten, zu dieser Zusammenarbeit beizutragen.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Die kommunale Selbstverwaltung ist auf der kommunalen Ebene nun einmal das höchste Gut. Deshalb ist es völlig klar, dass wir auf gar keinen Fall irgendwo Vorgaben dahin machen, welche Kommunen sich zusammenschließen sollen; denn das hätte mit kommunaler Selbstverwaltung nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir klar gesagt: Wir unterstützen auch Prozesse, die im Übrigen vor Ort längst diskutiert werden. Im Bereich Cuxhaven gibt es zwei Samtgemeinden, für deren Überlegungen wir nicht die Initialzündung gegeben haben, sondern sie selbst darauf gekommen sind, dass sie als Samtgemeinden auf Dauer nicht mehr existieren sollten, weil sie nicht zukunftsfähig ausgerichtet sind.

(David McAllister [CDU]: Freiwillig entschieden!)

- Freiwillig entschieden! - Dann unterstützen wir solche Vorhaben: zum einen indem wir über die Kommunalaufsicht oder über die Regierungsvertretung moderieren, zum anderen, wenn es tatsächlich eine strukturschwache Region ist, durchaus auch mit Sonderzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich heraus. Also: Keine Gebietsreform von oben, sondern wir moderieren in diesem Bereich, wenn es zu strukturellen Veränderungen kommt.

Natürlich gibt es einige Kommunen, die finanziell so schwach dastehen, dass wir im Zuge der Beratung auch Möglichkeiten aufzeigen, welche positiven Auswirkungen z. B. interkommunale Zusammenarbeit oder im Extremfall Fusionen hätten. Meiner Ansicht nach ist es absolut richtig, wenn dann die Kommunalaufsicht mit den Kommunen ausrechnet, welche positiven Effekte Alternativen hätten. Dann ist es eindeutig Sache der Kommunen, diese Beratung anzunehmen, zu diskutieren und zu entscheiden, ob sie in der Zukunft interkommunale Zusammenarbeit betreiben oder sogar eine Fusion vornehmen wollen.

Wichtig ist dabei - das haben wir erst vor zwei Wochen gesehen -, dass die Bürger mitgenommen

werden. Es gab eine sehr positive Diskussion im Bereich von Walsrode, Bomlitz und Bad Fallingb. In zwei Kommunen hat es ein durchaus positives Votum gegeben, in Bad Fallingb. nicht. Das heißt, dass man immer darauf achten muss, die Bürger davon zu überzeugen, welche Vorteile eine solche Zusammenarbeit haben. Das hat im Falle von Bad Fallingb. noch nicht funktioniert, bei den anderen beiden Gemeinden dagegen schon. Ich würde mir - das ist allerdings eine persönliche Meinung - durchaus wünschen, dass zumindest diese beiden Kommunen diesen Prozess jetzt nicht abbrechen, sondern weiter darüber nachdenken, welche Vorteile sich daraus ergeben. Wenn man eine enge Kooperation mit Bad Fallingb. hat, kann man diese Region in der Zukunft strukturell sicherlich so aufstellen, dass sich daraus positive Effekte ergeben. Also: keine Gebietsreform von oben, aber jede Unterstützung für diejenigen, die meinen, dass sie sich anders, zukunftsfähiger aufstellen müssen. Da ist die Landesregierung immer dabei.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung, den Strukturwandel im Harz zu fördern, und mit welchen Mitteln will sie die Arbeitsplätze bei der Firma H. C. Starck in Goslar retten?

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Das geht über die Fragestellung hinaus!)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich möchte die Fragesteller bitten, sich eindeutig auf die Ausgangssituation der Mündlichen Anfrage zu beziehen. Darüber hinausgehende Fragen können und müssen eigentlich nicht beantwortet werden. Ich stelle es aber jetzt in das Ermessen des Innenministers, ob er dazu Stellung nimmt. - Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich zu einer speziellen Firma jetzt nicht Stellung nehmen kann. Ich meine, dass das auch nicht Gegenstand der Frage ist. Gleichwohl ist das eine wichtige Frage.

Antwort Minister Schünemann (CDU)

Darüber sollte man sich am Rande des Plenums mit dem Wirtschaftsministerium austauschen.

Lassen Sie mich auf die Frage eingehen, wie wir im Harz vorgehen werden. Natürlich werden wir dort genau so vorgehen, wie ich es eben dargestellt habe. Sie wissen auch, dass es schon vielfältig Gespräche gegeben hat. Ich war mehrfach vor Ort und habe mit den Bürgermeistern gesprochen. Sie wissen, dass es dort weitreichende Überlegungen, von interkommunaler Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen, gibt. Ich hatte den Eindruck, dass zumindest die Bürgermeister, mit denen ich Gespräche geführt habe, für die Schaffung zukunftsfähiger Strukturen sehr offen sind. Aber diese Entscheidung ist jetzt tatsächlich zunächst einmal auf der kommunalen Ebene zu treffen. Die Regierungsvertretung ist hier sehr stark mit eingebunden und hat diesen Prozess schon moderiert. Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich Ihnen noch kein Ergebnis nennen. In der Kommunalpolitik direkt vor Ort sind Sie sogar noch näher am Geschehen, sodass Sie uns sagen könnten, ob wir kurz vor weitreichenden Entscheidungen stehen. Ich würde es auf jeden Fall begrüßen, wenn diese strukturellen Veränderungen gerade auch im Harz greifen würden.

Vor dem Hintergrund, dass große Entschuldungsprogramme in der Vergangenheit ohne strukturelle Veränderungen nichts, aber auch gar nichts gebracht haben, setze ich voll darauf, dass sich die Kommunalpolitik jetzt so aufstellt, dass die Landesregierung diesen Prozess nicht nur begleiten, sondern auch finanziell unterstützen kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Schröder-Ehlers von der SPD-Fraktion.

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schünemann, Sie haben die finanziell schwierige Situation im Bereich Lüchow-Dannenberg und im östlichen Teil des Landkreises Lüneburg angesprochen. Sie haben auch die gescheiterte Gebietsreform angesprochen. Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung, um hier zu einer Neustrukturierung zu kommen?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Dazu verweise ich auf das, was ich seit etwa einer Dreiviertelstunde sage. Genau die Konzepte, die ich dargestellt habe, gelten auch in dem Bereich.

Präsident Hermann Dinkla:

Ihre zweite Zusatzfrage stellt die Kollegin Modder von der SPD-Fraktion.

Johanne Modder (SPD):

Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen, dass es in diesen Gegenden zu Strukturveränderungen kommen muss und Sie dort beratend und begleitend zur Seite stehen. Einem Bericht in der *Nordsee-Zeitung* entnehme ich, dass ein Ministeriumsvertreter in der Samtgemeinde Hagen diesen Weg „mit Nachdruck“ - so heißt es in dem Artikel - aufgezeigt hat. Er hat seine Aussage mit einem Angebot des Landes verbunden, 75 % der Haushaltsfehlbeträge zu übernehmen. Gilt das für alle fusionswilligen Kommunen?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Der Vertreter der Kommunalaufsicht hat aus dem Bedarfszuweisungserlass zitiert, in dem das so steht. Wir haben das in einem Fall auch entsprechend dargelegt. Das wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen. Es handelt sich hier einfach nur um ein Zitat aus dem Erlass.

Präsident Hermann Dinkla:

Eine weitere Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Herzog von der Fraktion DIE LINKE.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Minister, zur Haushaltskonsolidierung gibt es ja außer Fusionen auch noch andere Möglichkeiten wie kommunale Zusammenarbeit, Verwaltungsgemeinschaften etc. Was tut das Land, um die offenen Rechtsfragen im Bereich Vergaberecht und Umsatzsteuer so zu klären, dass die Kommunen an dieser Stelle auch wirklich weiterkommen?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass Sie auf die weitreichende Unterstützung der Kommunen im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit zu sprechen kommen. Wir haben dort seit drei Jahren einen sehr erfolgreichen Prozess in Gang gesetzt. Im gesamten Land gibt es nicht nur sehr viele Projekte, sondern sogar schon Umsetzungen. Wir haben eine Datenbank aufgebaut, aus der ersichtlich wird, was im ganzen Land schon passiert ist. Wir führen über die Regierungsvertretungen regelmäßige Veranstaltungen durch. In diesen Tagen finden wieder Beratungsgespräche mit der kommunalen Ebene statt. Das ist auf jeden Fall schon ein Erfolgsmodell.

Alles das, was wir im Land selber lösen können, und das, womit wir Erleichterungen für eine kommunale Zusammenarbeit erreichen können, haben wir schon auf den Weg gebracht. Aufgrund der NGO-Änderung kann die interkommunale Zusammenarbeit auch zwischen Landkreis und Gemeinde, also vertikal, organisiert werden. Das war bisher nur im Bereich Lüchow-Dannenberg aufgrund des entsprechenden Gesetzes möglich. Es ist aber ein Erfolgsmodell für das ganze Land.

Auf europäischer Ebene gab es tatsächlich teilweise Unsicherheiten, gerade in Bezug auf die Umsatzsteuer. In einem Großteil der Beratungsgespräche konnten wir auf die sehr eindeutige Auffassung des Bundesfinanzministers verweisen, sodass wir insofern Rechtssicherheit haben. Sofern es nicht irgendwann irgendwelche Urteile auf europäischer Ebene gibt, können wir zum jetzigen Zeitpunkt sehr optimistisch sein, dass es keine Hemmnisse durch die Europäische Union geben wird. Dazu ist auch das Bundesfinanzministerium sehr klar in seiner Aussage.

Sollte es allerdings tatsächlich notwendig werden, werden wir versuchen, über Bundesratsinitiativen noch Verbesserungen zu erreichen. Für entsprechende Initiativen sehe ich aber im jetzigen Stadium keine Notwendigkeit, weil das Bundesfinanzministerium hier bisher eine klare Linie vertritt, gerade was die Zusammenlegung von Bauhöfen und anderen Institutionen angeht.

Präsident Hermann Dinkla:

Der Kollege Krogmann von der SPD-Fraktion stellt eine weitere Zusatzfrage.

Jürgen Krogmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, ich habe am Montag an einer Veranstaltung in der Regierungsvertretung Hannover teilgenommen, in der es um die Themen Kooperation und Fusion ging. Dort hat ein Mitarbeiter der Regierungsvertretung beiläufig erwähnt, der Bevölkerungsrückgang in Niedersachsen entwickle sich offenbar schlimmer als bislang prognostiziert. Wenn das stimmt, welche Auswirkungen hat das auf diese Diskussion?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Mir liegen keine Hinweise vor, dass es noch schlimmer kommt als befürchtet. In einigen Regionen wird es tatsächlich schwierig. Das ist aber bekannt. Zum Beispiel erwarten wir im Harz einen Bevölkerungsrückgang von zum Teil 15 % in den nächsten zehn Jahren. In meinem Wahlkreis, im Weserbergland, ist das ähnlich. Hier wird also keine neue Entwicklung prognostiziert. Es ist bekannt, dass wir von einem regional unterschiedlichen Bevölkerungsrückgang ausgehen müssen. Das sind also keine neuen Erkenntnisse.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege Möhrmann stellt seine zweite Zusatzfrage.

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich glaube, das Problem liegt tiefer, als Sie hier zugeben wollen. Der ehemalige Oberbürgermeister von Cuxhaven hat mir in einem Brief vorgerechnet, dass wir selbst bei einer völligen Entschuldung im Cuxland in zehn Jahren wieder die gleiche Situation haben werden, und das vor dem Hintergrund, dass seit Jahrzehnten dort touristische Infrastrukturmaßnahmen gefördert worden sind. Meine Frage: Wie wollen Sie mit diesem Problem umgehen? Das ist nämlich nicht nur im Cuxland so.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Sie haben hier nur die Instrumente, die ich dargestellt habe. Auf der einen Seite gibt es den kommunalen Finanzausgleich. Auf der anderen Seite können Sie versuchen, neue zukunftsfähigere Strukturen aufzubauen, Verwaltungskosten zu reduzieren und die Einnahmesituation zu verbessern. Das werden Sie - das muss man offen sagen - aber nicht erreichen, wenn Sie nur auf Tourismus setzen. Wir haben die Probleme insbesondere in den Regionen, in denen ausschließlich auf Tourismus gesetzt wurde. Der Harz ist ein Musterbeispiel dafür. Ich will das gar nicht kritisieren, weil es oft gar keine Alternativen gibt.

Deshalb halte ich es für völlig richtig, dass z. B. die Stadt Cuxhaven seit längerer Zeit eben nicht mehr ausschließlich auf diesen Bereich setzt, sondern gerade in den Bereichen Hafenausbau und Logistik sehr große Anwerbungsaktionen gestartet hat. Wenn Sie jetzt nach Cuxhaven hineinfahren, sehen Sie, dass dort große Hallen entstehen. Da passiert etwas, und das ist meiner Ansicht nach durchaus ein positives Signal.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist aber - das muss man einfach offen sagen - ein sehr langfristiger Prozess. Sie können nicht den Schalter umdrehen und erwarten, dass damit die Probleme im Bereich Cuxhaven oder im Harz gelöst sind. Wer das verspricht, der sagt schlichtweg nicht die Wahrheit. Dasselbe gilt für den strukturellen Veränderungsprozess. Auch wenn es zu Fusionen kommt, wird sich die finanzielle Situation erst nach einiger Zeit positiver darstellen. Sie können beispielsweise das Personal, also die Personalkosten, nur sozialverträglich abbauen. Auch die Infrastrukturmaßnahmen, die jetzt auf den Weg gebracht worden sind, wirken sich erst nach fünf oder vielleicht sogar zehn Jahren aus. Wenn jetzt Firmen investieren, werden die Kommunen nicht schon im nächsten Jahr höhere Gewerbesteuer-einnahmen haben, sondern das entwickelt sich über einige Zeit.

Es gibt keine anderen Möglichkeiten als diese Instrumente, die ich Ihnen gerade dargestellt habe, und zwar ganz unabhängig von der jeweiligen Regierung und von den kommunalen Mehrheiten. Sie haben nur die Instrumente in der Hand, die ich Ihnen dargestellt habe. Es kommt aber darauf an, ob Sie die Instrumente, die Ihnen zur Verfügung stehen, wirklich konsequent nutzen. Sie können sicher sein, dass die Landesregierung ihren Teil

dazu beiträgt. Ich habe im Moment den Eindruck, dass gerade auf der kommunalen Ebene die Zeichen der Zeit erkannt worden sind, Infrastrukturmaßnahmen in Gang gesetzt werden und vor allen Dingen die Konsolidierung nachhaltig betrieben wird.

Präsident Hermann Dinkla:

Ihre zweite Zusatzfrage stellt die Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung, welche Maßnahmen sie eingeleitet hat, um das Fördergefälle zwischen Ost- und Westharz abzumildern, und ob sie bereit ist, die höchstmöglichen EU-Fördersätze im Harz anzuwenden.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ich würde einmal eine deutliche Antwort geben! Was ist in 50 Jahren in Cuxhaven?)

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Das betrifft die Förderkulisse aus dem Bereich des Wirtschaftsministeriums. Ich muss zu meiner Schande gestehen, dass ich im Moment aus dem Wirtschaftsministerium keine Informationen habe. Herr Hirche ist ja entschuldigt. Ich kann momentan nicht sagen, welche Förderkulisse es dort gibt. Dies müssen wir nachreichen, weil Herr Hirche zurzeit leider nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Präsident Hermann Dinkla:

Seine zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Tanke von der SPD-Fraktion.

Detlef Tanke (SPD):

Herr Minister, Sie haben von den strukturellen Unterschieden zwischen den Regionen in Niedersachsen gesprochen. Wir sind uns ja darüber einig, dass strukturelle Unterschiede zu ungleichen Lebensbedingungen führen. Sie haben gesagt, dass der kommunale Finanzausgleich diese Strukturunterschiede nicht ausgleichen kann. In Ihren Eingangsbemerkungen haben Sie allerdings ausgeführt, dass durch die Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs gleiche Lebensgrundlagen geschaffen werden. Würden Sie ange-

Zusatzfrage Detlef Tanke (SPD)

sichts Ihrer späteren Ausführungen diesen ersten Satz zurücknehmen, oder wie bringen Sie diese Aussagen zueinander?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Ich habe nichts zurückzunehmen; denn selbstverständlich berücksichtigt der kommunale Finanzausgleich strukturelle Unterschiede. So ist er ja angelegt. Dies ist eine Möglichkeit, aber natürlich nicht die einzige. Dies habe ich ja dargestellt. Man kann nicht alles über den kommunalen Finanzausgleich regeln. Darauf habe ich hingewiesen, und dies habe ich nicht anders gesagt. Strukturelle Unterschiede werden im kommunalen Finanzausgleich durchaus mitberücksichtigt.

Insofern brauchen Sie die anderen Instrumente, die ich dargestellt habe, genauso, nämlich Wirtschaftsförderung, Infrastrukturverbesserung und bessere Verkehrsanbindungen. Das sind genau die Dinge, die Sie ebenfalls mit im Blick haben müssen. Wie gesagt: Sie können nicht alle Probleme der Region über den kommunalen Finanzausgleich lösen; dies ist völlig klar. Das war nie so, und das werden Sie nie hinbekommen.

Präsident Hermann Dinkla:

Seine zweite Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Herzog von der Fraktion DIE LINKE.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Minister, wenn im Bereich Cuxhaven mögliche Fusionen von Samtgemeinden ins Haus stehen, so gibt es ja entsprechende „Vorbilder“, z. B. in Lüchow-Dannenberg mit den Fusionen der dortigen Samtgemeinden. Ich frage Sie jetzt gar nicht, ob Sie diese als erfolgreich ansehen; ich glaube nämlich, dass Sie sie als erfolgreich ansehen. Ich frage Sie stattdessen, warum Sie sie als erfolgreich ansehen, und zwar im Sinne von Bürgernähe, Finanzen und zusätzlicher Belastung des Verwaltungspersonals.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

In Lüchow-Dannenberg haben wir die Zahl der Samtgemeinden von fünf auf drei reduziert. Ich halte dies jedoch für noch nicht ausreichend. Das habe ich ja dargestellt. Ich hätte mir einen weiter reichenden Zusammenschluss gewünscht. Gleichwohl hat es schon Verbesserungen gegeben.

Die Gemeindestruktur selbst hat sich überhaupt nicht verändert, sondern lediglich im Bereich der Samtgemeinden hat es Zusammenschlüsse gegeben. Dies hat sich zwar durchaus finanziell positiv ausgewirkt, aber nicht in dem Maße, dass man sagen könnte, wir hätten in Lüchow-Dannenberg den Durchbruch erreicht. Meiner Ansicht nach wird man noch weiter darüber nachdenken müssen.

Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir dort insgesamt rund 30 Millionen Euro an Struktur- bzw. zusätzlichen Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt. Davon ist noch nicht alles abgeflossen, weil die Einsparmaßnahmen, die notwendig sind, bisher leider Gottes noch nicht umgesetzt sind. Deshalb gibt es aktuell eine Runde unter der Moderation der Kommunalaufsicht und der Kommunalabteilung in Zusammenarbeit mit der Regierungsvertretung, um zusätzliche Einsparmöglichkeiten zu errechnen und dann möglichst umzusetzen. Die Auszahlung der Strukturhilfemittel ist an diesen Einspareffekt gebunden. Dies hat bisher aber noch nicht so geklappt, wie wir uns das vorgestellt haben.

Ich kann Ihnen sagen: Durch die Zusammenlegung der Samtgemeinden gibt es zwar erste positive Entwicklungen. Aber einen wirklichen Schritt nach vorne, sodass man sagen könnte, wir hätten die Probleme ansatzweise im Griff, haben wir in Lüchow-Dannenberg noch nicht gemacht. Von daher muss noch weitergearbeitet werden. Wahrscheinlich muss sogar noch über weitere Zusammenschlüsse auf der kommunalen Ebene nachgedacht werden.

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, den Geräuschpegel deutlich zu reduzieren.

(Kurt Herzog [LINKE]: Können Sie noch etwas zur Bürgernähe sagen?)

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Entschuldigung, Herr Präsident! - Ich habe vergessen, etwas zur Bürgernähe zu sagen. Die Bürgernähe bleibt absolut gewahrt. Dabei gibt es überhaupt keine Probleme. Das Personal ist nicht in dem Maße reduziert worden, dass es in irgendeiner Weise zu besonderen Belastungen vor Ort kommt. Das heißt, diese Zusammenlegung ist sozialverträglich gemacht worden, und sie hat nicht zu stärkeren Belastungen geführt. Ich wünschte mir, dass noch sehr viel mehr Verdichtung im Bereich der Verwaltung erreicht werden könnte.

Präsident Hermann Dinkla:

Seine zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Dr. Sohn.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Angesichts der von Ihnen eben erwähnten sehr positiven Entwicklung im Hafenbereich, insbesondere im Bereich der Entwicklung von Offshorewindanlagen, und angesichts der Tatsache, dass in diesem Zusammenhang jedenfalls mir eine Reihe von Klagen zu Ohren gekommen ist, dass vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Infrastruktursituation manche Fachkräfte nicht in dem Maße dazu bereit sind, dorthin zu ziehen, wie es für die Entwicklung dieser Industrien notwendig wäre, frage ich die Landesregierung: Welche Konzepte bestehen, um die möglicherweise vorhandenen Perspektiven beim Ausbau dieser Industrien tatsächlich so zu nutzen, dass sich genügend Leute finden, die die dort in der Entstehung begriffenen Arbeitsplätze tatsächlich besetzen?

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt doch nichts Schöneres, als dort wohnen zu können, wo man Urlaub macht. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass es insofern irgendwelche Probleme gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Astrid Vockert [CDU]: Sehr gut! -
Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das ist flapsig und nett gesagt, trifft aber nicht den Kern!)

- Ich habe dort so oft Urlaub gemacht und finde es wirklich schön. Das habe ich flapsig gesagt; das gebe ich ja zu.

Wir stellen vor Ort fest, dass die Agentur für Arbeit äußerst aktiv ist und mit Qualifizierungsmaßnahmen sehr viel erreicht. Diejenigen, die bisher von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden weiterqualifiziert, um eine nachhaltige Verbesserung bei der Arbeitslosenquote zu erreichen.

Darüber hinaus ist es richtig, dass man Fachkräfte von außen in die Region bekommen muss. Dies belebt die Region insgesamt und hat positive Effekte für die demografische Entwicklung. Die Lebensqualität - dies sage ich jetzt nicht flapsig -, hindert sicherlich nicht Fachkräfte, dort zu arbeiten. Dies wäre mir wirklich völlig neu und überhaupt nicht zu begreifen.

Präsident Hermann Dinkla:

Eine weitere und damit seine zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Krogmann von der SPD-Fraktion.

Jürgen Krogmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben über viele Gegenden, Städte, Kreise und Gemeinden gesprochen, in denen mehr oder weniger etwas passiert oder nicht passiert. Wir hatten in unserer dritten Frage aber nach einer Strategie gefragt. Sie haben gesagt, Sie hätten inzwischen einen Arbeitskreis gegründet. Einen Arbeitskreis gründet man ja dann, wenn man nicht mehr weiterweiß. Darf ich Ihre Äußerungen so interpretieren, dass es derzeit bei Ihnen noch keine Strategie, noch kein Leitbild für die Lösung dieses Problems in Niedersachsen gibt?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Ich habe die Strategie und die einzelnen Punkte, wie wir vorgehen, dargestellt. Das ist die Strategie. Diese Strategie wird erfolgreich sein.

Präsident Hermann Dinkla:

Eine weitere Zusatzfrage stellt der Kollege Adler von der Fraktion DIE LINKE.

Hans-Henning Adler (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Teilen Sie meine Auffassung, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation Cuxhavens und der Elbvertiefung gibt? Mit anderen Worten: Wäre es nicht sinnvoller, man würde die Ladung der ganz großen Schiffe in Cuxhaven löschen, statt auf Kosten von Natur und Umwelt die Elbe auszubaggern?

(David McAllister [CDU]: Das ist die klügste Frage seit Langem gewesen!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

In Hamburg arbeiten auch viele Niedersachsen. Insofern ist diese Darstellung natürlich zu einfach. Man kann diesen Zusammenhang nicht direkt herstellen.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege McAllister von der CDU-Fraktion stellt eine weitere Zusatzfrage.

David McAllister (CDU):

Herr Minister, vor dem Hintergrund der ersten Frage des Kollegen Dr. Sohn nach den mangelnden Bahnanbindungen der Stadt Cuxhaven und auch des Cuxlandes - die Abkoppelung vom IC-Netz ist unbestritten ein schwerer Schlag für Cuxhaven und Bremerhaven gewesen - frage ich Sie, ob Sie mit mir einer Auffassung sind, dass seit 2003 sehr viele kluge Entscheidungen in der Landespolitik getroffen worden sind, um die Bahnanbindung Cuxhavens und des Landkreises zu verbessern. Ich nenne beispielsweise den Betrieb der Nordseebahn von Bremerhaven nach Cuxhaven, die Verlängerung der S-Bahn von Hamburg nach Stade - es gibt dort einen 20-Minuten-Takt - und die Fahrt des Metronoms auf der Strecke Cuxhaven-Hamburg seit Dezember 2007. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass weitere kluge Vorschläge der CDU/FDP-Kreistagsmehrheit, wie beispielsweise die schrittweise Ausdehnung des HVV-Tarifs in Richtung Hechthausen und Hemmoor oder auch die Ertüchtigung der Bahnstrecke Cuxhaven-Bremerhaven, Grundlage für wegweisende Entscheidungen sein könnten?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann, bitte!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege McAllister, ich muss einräumen, dass mir all dies vorhin spontan nicht eingefallen ist. Sie haben aber recht.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Eine weitere Zusatzfrage stellt der Kollege Hausmann von der SPD-Fraktion.

Karl Heinz Hausmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich frage Sie: Was bleibt von der von Ihnen gerühmten Freiwilligkeit vor dem Hintergrund der Aussage von Herrn McAllister auf dem CDU-Parteitag, dass die Landesregierung für Gemeinden, die überschuldet sind, in denen es einen Einwohnerschwund gibt und die nicht zu Fusionen bereit sind, den Bürgermeistern und Landräten Wege für die Problemlösung aufzeigen muss?

(Zuruf von der CDU: Das hat er doch gesagt!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister Schünemann!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Bedauerlicherweise konnten Sie bei dem Parteitag nicht dabei sein.

(Heiterkeit)

Insofern können Sie nicht genau wissen, was der Parteivorsitzende McAllister dort gesagt hat. Ich hatte die Gelegenheit, seine Rede zu hören. Herr McAllister hat völlig recht. Wenn Sie sich angucken, was aus Gebietsreformen von oben geworden ist, ergibt sich, dass es völlig richtig ist, dass die Landesregierung, aber natürlich auch die CDU und die FDP klar sagen: Gebietsreformen von oben gibt es nicht. - Schauen Sie sich das Desaster an, das in Schleswig-Holstein passiert ist. Dort hat man versucht, am Schreibtisch etwas zusammenzumalen und neue Grenzen zu ziehen. Dabei ist nichts herausgekommen als zwei, drei Jahre Abwehrkampf auf der kommunalen Ebene und

Antwort Minister Schönemann (CDU)

eine Lähmung der Kommunalpolitik. So etwas können wir uns in Niedersachsen nicht leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr McAllister hat auf diesem Parteitag gesagt - das finde ich völlig richtig -, dass wir gerade in den Bereichen, in denen wir finanziell und strukturell schwierige Gebiete haben, über freiwillige Strukturveränderungen etwas erreichen können. In dieser Hinsicht müssen wir den Kommunen dann auch Angebote machen. Das ist richtig. Das ist genau das, was ich hier dargestellt habe. Wenn Sie beim nächsten Parteitag einmal die Gelegenheit haben, als Gast teilzunehmen und auch Herrn McAllister zu lauschen, werden Sie sehen, dass das, was dort gesagt wird, genau das Richtige für dieses Land ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Mit dieser letzten Auskunft des Herrn Innenministers ist die Fragestunde beendet. Eine weitere Frage rufe ich nicht auf.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben.

Ich leite nun zum nächsten Tagesordnungspunkt über und rufe erneut den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

7. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 16/620 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 16/647 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 16/648

Über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drs. 16/620, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen, haben wir bereits in der 20. Sitzung am 12. November 2008 entschieden. Wir beraten jetzt nur noch über die Beschlussempfehlungen zu Eingaben in der Drs. 16/620, zu denen Änderungsanträge vorliegen.

Wie mir mitgeteilt worden ist, sind die Fraktionen übereingekommen, die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen strittig gestellte Eingabe 4456/15 im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zunächst erneut zu beraten.

Wir treten jetzt in die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt ein. Ich bitte die Redner jeweils um Mitteilung, zu welcher Eingabe sie Stellung nehmen.

Als Erster hat sich Herr Kollege Borngräber von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Ralf Borngräber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zur Eingabe 343. Diese Eingabe ist ein Beispiel für das mangelhafte Personalmanagement dieser Landesregierung und deshalb aus Sicht der SPD zu berücksichtigen.

Der Schulleiternrat aus Scheeßel beklagt ein miserables und wenig transparentes Schulleitungshandeln an der dortigen Haupt- und Realschule. Der Schulleiternrat beklagt eine schlechte Unterrichtsversorgung. Er beklagt ein mangelhaftes Stellenmanagement dieser Landesregierung.

Was war passiert? Ein allseits geschätzter Schulleiter geht in den Ruhestand. Der Erste Konrektor übernimmt pflichtgemäß die Leitung. Als der neue Schulleiter eingesetzt wird, erfolgt zeitgleich die Abordnung des ebenfalls geschätzten Konrektors als Dezernent zur Landesschulbehörde. Die Beschwerden häufen sich. Der neue Schulleiter kommt nicht klar. Die Landesregierung räumt in ihrer Stellungnahme sogar ein, dass die Beschwerden überwiegend berechtigt sind. Zu allem Ungemach ordnet diese Landesregierung nun auch noch den Zweiten Konrektor der Schule ebenfalls an die Landesschulbehörde ab. Ich stelle fest: Es gab zwei Abordnungen, die zwei wichtige Leitungsstellen betrafen. Diese Leitungsstellen konnten zumindest bisher nicht neu besetzt werden. Damit beweist die Landesregierung zum wiederholten Male, dass sie die Dinge nicht im Griff hat.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Das Kultusministerium äußert sich in seiner Stellungnahme eher modal: Man könnte, man dürfte, man müsste ... Was die Situation am Ende verbessern wird, wissen wir noch nicht, Herr Klare.

Ab Dezember sollen nun Ausschreibungen erfolgen, zunächst für die Stelle des Ersten Konrektors. Was den Zweiten Konrektor betrifft, so weiß das Kultusministerium noch nichts Abschließendes zu sagen. Vielleicht wird die Stelle ausgeschrieben. Vielleicht wird auch eine Abordnung rückgängig